

## Weitere Untersuchungen zum Stilllegungskonzept erforderlich

Arbeitsgruppe Optionenvergleich legt Zwischenbericht vor

Drinlassen, umlagern oder rausholen - noch ist unter Experten nicht entschieden, welches die sicherste Methode im Umgang mit dem Atommüll im Schacht Asse II und für die Stilllegung der Anlage ist. Die im November 2007 eingerichtete "Arbeitsgruppe Optionenvergleich", die verschiedene Möglichkeiten zur sicheren Schließung der Asse bewerten soll, legt sich in ihrem jetzt vorgelegten Zwischenbericht noch nicht fest. Nach Einschätzung der Experten sind noch eine ganze Reihe von Fragen zu klären, bevor abschließend über ein Stilllegungskonzept entschieden werden kann. Die Arbeitsgruppe wird ihre Arbeit fortsetzen. Sie wird sich dabei insbesondere auch mit der Möglichkeit auseinandersetzen, den Atommüll oder Teile davon aus der Schachanlage Asse II zurückzuholen. In dem Gremium sind auch Wissenschaftler vertreten, die das besondere Vertrauen der so genannten Begleitgruppe Asse II genießen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel begrüßte den Expertenbericht als "hervorragende Grundlage, um die Debatte über die nächsten Schritte in der Asse zu führen."

Gabriel: "Wir werden die offenen Fragen zügig klären. Aber wir werden uns auch keinem künstlichen Zeitdruck unterwerfen und die notwendigen Entscheidungen mit aller Sorgfalt treffen. Denn die Fehler der Vergangenheit sind auch deshalb gemacht worden, weil wichtige Entscheidungen in abgeschotteten Zirkeln getroffen wurden - ohne die Prüfung von Alternativen und ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit. Diese Fehler werden wir nicht wiederholen und weiterhin vertrauensvoll mit der Arbeitsgruppe Optionenvergleich und der Begleitgruppe Asse II zusammenarbeiten." Gabriel betonte, es habe sich als richtig erwiesen, in die Arbeitsgruppe auch Experten einzubeziehen, die das besondere Vertrauen der Menschen vor Ort genießen. "Wir wollen die Bevölkerung auch weiterhin intensiv in die weiteren Beratungen einbeziehen."

Die Arbeitsgruppe Optionenvergleich kommt zu dem Ergebnis, "dass eine vergleichende Bewertung der Optionen, die zu belastbaren Ergebnissen führt, zurzeit noch nicht möglich ist." Dennoch lassen sich erste Tendenzen erkennen: So sei eine Rückholung ausschließlich der mittelradioaktiven (MAW-) Abfälle unter dem Gesichtspunkt der Langzeitsicherheit nicht zu empfehlen, da die MAW-Abfälle nach Einschätzung der Experten nur eine untergeordnete Bedeutung für das Risiko für Mensch und Umwelt haben.

Die Rückholung der schwachradioaktiven (LAW-) Abfälle sei zwar mit großen Problemen verbunden, könne aber eine Option sein. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) wird zu dieser Thematik ein wissenschaftliches Gutachten einholen, das wiederum von der Arbeitsgruppe Optionenvergleich bewertet werden wird. Das Gleiche gilt für die Umlagerung der Abfälle innerhalb der Schachanlage Asse - auch hierzu wird das BfS ein Gutachten in Auftrag geben.

Die Flutung der Asse, wie vom Helmholtz-Zentrum München als ehemaligem Betreiber vorgeschlagen, bleibt im weiteren Vergleich der Optionen enthalten. Das Konzept wurde bislang nicht systematisch durch einen Vergleich mit anderen Stilllegungsoptionen bewertet. Möglicherweise bleibt diese Option aber "ultima ratio".

Eine abschließende Bewertung aller möglichen Handlungsoptionen für die Stilllegung der Schachanlage Asse II wird durch die Arbeitsgruppe Optionenvergleich auf Grundlage eines zusammenfassenden Berichtes des BfS möglichst bis Ende dieses Jahres erfolgen.

Die Stellungnahme der Arbeitsgruppe Optionenvergleich wird jetzt der Begleitgruppe Asse II zur weiteren Beratung zugeleitet.

Im November 2007 hatten sich das Bundesumwelt- und das Bundesforschungsministerium sowie das Niedersächsische Umweltministerium auf ein gemeinsames Vorgehen zur Einbindung der Öffentlichkeit vor Ort im Zusammenhang mit der Stilllegung der Schachanlage Asse II verständigt. Daraufhin wurde die "Arbeitsgruppe Optionenvergleich" gegründet, in der drei von der Begleitgruppe Asse II ausgewählte Experten vertreten sind. Die Arbeitsgruppe Optionenvergleich wurde bislang durch das Forschungszentrum Karlsruhe und das Bundesamt für Strahlenschutz geleitet. Das Niedersächsische Umweltministerium ist in der Arbeitsgruppe beobachtend vertreten.

© Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)